

Herr Michael Jathe
Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop
Frau Annette Mingo
Frau Isabel Petermann
Herr Albert Reen
Herr Jakob Schmid
Frau Nadine Steinberg

Schriftführer

Herr Klaus Jablonski

es fehlten entschuldigt:

Teilnehmer

Herr Ernst-Rainer Fust
Frau Svea Stehmann
Herr Florian Westerwalbesloh

Vertretung durch Herrn Dalecki
Vertretung durch Herrn Sonneborn
Vertretung durch Herrn Zimmersch

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung	Seite:
1. Befangenheitserklärungen	4
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.06.2017	4
3. Gründung Wirtschaftswegeverband/ Leistung städtischer Sockelbeitrag Vorlage: B 2017/600/3796	4
4. Maßnahmenfreigaben	7
5. Verschiedenes	7
5.1. Mitteilungen der Verwaltung	7
5.2. Anfragen an die Verwaltung	7

Zu Beginn der Sitzung begrüßt Herr Siebert die Mitglieder des Finanzausschusses, Herrn Bürgermeister Knop, die anwesenden Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung sowie Herrn Hahn von der Tageszeitung „Die Glocke“.

Herr Siebert stellt fest, dass der Finanzausschuss form- und fristgerecht eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Daraufhin eröffnet Herr Siebert die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Befangenheitserklärungen

Es wurden keine Befangenheitserklärungen abgegeben.

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26.06.2017

Beschluss:

Der Finanzausschuss genehmigt einstimmig bei zwei Enthaltungen die Niederschrift über die Sitzung vom 26.06.2017.

3. Gründung Wirtschaftswegeverband/ Leistung städtischer Sockelbeitrag Vorlage: B 2017/600/3796

Herr Reen erläutert anhand einer Präsentation den folgenden Sachverhalt:

Entsprechend des Ratsbeschlusses vom 27.04.2015 wurde die Firma Ge-Komm mit der Erstellung eines Wirtschaftswegekonzeptes beauftragt. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, die Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes zu prüfen. Das fertige Wegekonzept hat der Rat im Oktober 2016 zur Kenntnis genommen.

Die Lenkungsgruppe Wirtschaftswege, unter Beteiligung der Anlieger, Politik und Verwaltung hat die rechtlichen, wirtschaftlichen und weitere sachlichen Inhalte sowie die Interessen der Anlieger und die öffentlichen Interessen mit dem Ergebnis geprüft, dass das Instrument eines Wirtschaftswegeverbandes ein erfolgversprechender Ansatz ist, die Unterhaltung der erforderlichen Wegeinfrastruktur im Außenbereich zukunftsorientiert und dauerhaft sicherzustellen.

Die Gründung eines Verbandes erfolgt dann in enger Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde, dem Kreis Warendorf.

Vor Beginn des eigentlichen Gründungsverfahrens wurden die organisatorischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in enger Zusammenarbeit zwischen Lenkungsgruppe, Verwaltung und Politik erarbeitet.

Danach ergeben sich folgende Merkmale:

1. Organisationsstruktur

Der Verband ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, also wirtschaftlich und organisatorisch selbständig. Alle Aufgaben des Verbandes, einschließlich Haushaltsführung und Rechnungswesen obliegen dem Verband auf Basis des Wasserverbandsgesetzes sowie der Beschlüsse im Verbandsausschuss. Der Verband ist gegenüber der Aufsichtsbehörde auskunfts- und nachweispflichtig. Die Aufsichtsbehörde ist gegenüber dem Verband weisungsbefugt.

2. Finanzstruktur

Der Finanzierung des Verbandes basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen:

- Anliegerbeiträge (auf Basis der Flächengröße, Wohnungszahl, und Verkehrstonnage, differenziert nach den Nutzungsarten: Landwirtschaft, Gewerbe und Wohnen)
- Städtischer Sockelbeitrag (als künftige jährliche Plangröße)

Die Finanzstruktur würde künftig folgende Ansätze mit Blick auf die allumfassende Unterhaltung berücksichtigen:

Verbandsintern (Haushalt des Verbandes)

- Der städtische Sockelbeitrag 250.000 €
- Die Anliegerbeiträge ca. 170.000 €

Verbandsextern (städtischer Haushalt)

- Die Leistungen des BBH ca. 130.000 €

3. Ablaufstruktur

Der Verband ist künftig zuständig für die Unterhaltung, Investition, Erneuerung und Instandhaltung der Gesamtheit der im Wegekonzept enthaltenen Fahrbahnen einschließlich der Banketten.

(Haushalt des Verbandes)

Die Stadt (Baubetriebshof) wird weiterhin die Unterhaltungsaufgaben für die Nebenanlagen, also Seitengräben, Durchlasse, Mahd und Schnitt übernehmen.

(städtischer Haushalt)

Zur Einleitung des Gründungsverfahrens sowie zur Leistung des jährlichen städtischen Sockelbeitrages ist der Beschluss des Rates der Stadt Oelde erforderlich.

Nachrichtlich: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Auf Nachfrage von Herrn Niebusch erklärt Herr Reen, dass der genannte Sockelbetrag durch den empfohlenen Ratsbeschluss und den öffentlich-rechtlichen Einigungsvertrag abgesichert sei. Die Verbandsbeiträge würden dann in einer Veranlagungsrichtlinie zur Verbandssatzung durch den Verband festgelegt.

Zur Anfrage von Herrn Soldat zur bisherigen Instandhaltung der Wirtschaftswegen, erklärt Herr Jathe, dass die Anlieger an den Wirtschaftswegen bislang, anders als die Straßenanlieger im innerstädtischen Bereich, keinen entsprechenden Anteil an der erstmaligen Herstellung oder grundlegenden Erneuerung der Wege zu leisten hätten.

Auf die Frage von Frau Köß zu den Standards bei den Wirtschaftswegen, erläutert Herr Reen, dass die Wirtschaftswegen in einem „noch“ funktionalen Zustand seien, die Standards aber angepasst werden müssten. Man wisse nicht, in welchem Zustand sich die Tragschichten befänden und wie lange die Wirtschaftswegen daher halten würden.

Herr Westbrock fragt an, ob der öffentlich-rechtliche Vertrag eine Kündigungsklausel beinhalte?

Herr Jathe erklärt hierzu, dass öffentlich-rechtliche Verträge auf Dauer angelegt seien. Ein Risiko bestehe nur bei einer Verbandsauflösung. Danach würden die Aufgaben aber an die Stadt zurückfallen.

Auf Nachfrage von Herrn Wilke erläutert Herr Reen, dass die Nutzung der Wirtschaftswege mit Schwerlasten über 40 Tonnen über gesonderte Gestattungsverträge geregelt werde.

Zur Nachfrage von Herrn Soldat erklärt Herr Reen, dass für die Personalkosten des Verbandes für die ersten drei Jahre ein pauschaler Betrag von 50.000 € angesetzt worden sei, den der Verband an die Stadt zu erstatten habe.

Herr Reen verweist ferner auf eine vorgesehene Informationsveranstaltung für alle Anlieger im Oktober 2017 und erläutert die weitere Beratungsfolge.

Herr Abel erklärt, dass vom Zeitplan her im nächsten Jahr die vorbereitenden Arbeiten und in 2019 die Gründung des Verbandes erfolgen solle.

Herr Reen erläutert hierzu das Gründungsverfahren anhand der Präsentation.

Herr Austrup verweist auf die umfangreichen Vorarbeiten durch die Lenkungsgruppe.

Herr Rodriguez weist darauf hin, dass die Initiative zur Gründung des Verbandes ein Antrag des SPD-Fraktion aus dem Jahr 2014 gewesen sei. Man habe durch die Gründung des Verbandes jetzt einen höheren Standard und eine langfristige Perspektive sowie eine Entlastung des städtischen Haushaltes.

Herr Niebusch erklärt, dass man diesem Beschluss so nicht zustimmen könne. Man wisse, dass es in dem Bereich einen Investitionsrückstand gebe, aber in anderen Bereichen sei dieses auch der Fall, ohne dass es dort finanzielle städtische Ausgleichs- oder Zuschusszahlungen gäbe, die sich an dem idealer Weise benötigten „optimalen“ Finanzbedarf orientieren. Daher könne man diesen Weg nicht mitgehen.

Herr Austrup beantragt, im zweiten Abschnitt des Beschlussvorschlages mit aufzunehmen, dass nur die tatsächlich anfallenden Personalkosten der Geschäftsführung des künftigen Verbandes bis zu 50.000 € je Jahr erstattet werden. Wenn sich der Stellenansatz reduziere, dann sollte sich auch die Personalkostenerstattung entsprechend reduzieren.

Herr Jathe erklärt, dass bei den Personalkosten pauschalisierte Kosten im Rahmen einer Durchschnittsbetrachtung zugrunde gelegt worden seien und rät dazu, diese auch erst so beizubehalten, weil jede andere Formulierung auch unsicher sei. Von der Verwaltung könne er aber zusagen, dass, wenn es hierbei zu einem offensichtlichen Missverhältnis kommen sollte, man sich noch einmal diesbezüglich zusammensetze.

Herr Austrup erklärt, dass man dann den Beschlussvorschlag so belassen könne.

Herr Reen gibt auf Nachfrage von Herrn Austrup noch ergänzende Erläuterungen zum 3. Abschnitt des Beschlussvorschlages.

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

- Der Rat der Stadt Oelde beschließt, die Verwaltung mit der konkreten Gründungsvorbereitung eines Wirtschaftswegeverbandes auf Basis des vorliegenden Konzeptes gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 2 Wasserverbandsgesetz (WVG NRW) zu beauftragen.
- Der Rat der Stadt Oelde beschließt eine jährliche Sockelfinanzierung des Verbandes für die Aufgaben der Unterhaltung der im Wirtschaftswegekonzzept festgelegten Wege und Banketten in Höhe von 250.000 €, einschließlich einer Personalkostenpauschale i.H.v. 50.000 € sowie die Einbindung des städtischen Baubetriebshofes zur Sicherung der Unterhaltungsaufgaben aller Nebenanlagen. Die Personalkostenpauschale ist vom Verband an die Stadt Oelde im Zeitraum des Einsatzes städtischen Personals (Geschäftsführer und Techniker) zu erstatten.
- Der Rat der Stadt Oelde beschließt, die organisatorischen und finanziellen Grundlagen im Rahmen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zu regeln. Diese getroffenen wirtschaftlichen und organisatorischen Regelungen sollen nach Ablauf von drei Jahren nach Aufnahme der Verbandstätigkeit einer Überprüfung unterzogen werden.

4. Maßnahmenfreigaben

Entfällt.

5. Verschiedenes

5.1. Mitteilungen der Verwaltung

Frau Steinberg stellt in einer Präsentation die aktuelle Entwicklung der Gewerbesteuererträge dar. Die Gewerbesteuer entwickle sich hiernach weiter positiv und liege, ausgegangen von einem Haushaltsansatz von 18,7 Mio. €, bei einem aktuellen Anordnungssoll von 25,137 Mio. € mit rund 6,4 Mio. € über dem Ansatz. Abzüglich der Gewerbesteuerumlage und dem Anteil Fonds Deutsche Einheit seien demnach Mehrerträge von rd. 5,367 Mio. € zu erwarten. Dem stünden im laufenden Haushaltsjahr an notwendigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen aktuell 550.000 € im Wesentlichen in den Bereichen Soziales und Jugend gegenüber.

Im Bereich der Grundsteuer A und B gebe es derzeit noch Mindererträge von rd. 75.000 €. Dieses könne sich aber im Verlauf des Jahres noch positiver entwickeln. Grundsätzlich seien es aber die Istzahlen, da es sich um Jahressteuern handle.

Zuzüglich weiterer Mindererträge in Höhe von rd. 240.000 € bei mehreren verschiedenen Planungsstellen, sei insgesamt aktuell ein Plus von 4,5 Mio. € zu verzeichnen.

Frau Steinberg verweist ferner auf die vom Landrat zur Verfügung gestellten Eckdaten zum Kreishaushalt 2018. Der Landrat beabsichtige hiernach, den Umlagesatz der Kreisumlage von 38,8 % auf 36,3 % zu senken. Aufgrund der steigenden Steuerkraft, insbesondere durch die gestiegenen Gewerbesteuererträge müsse aber trotz der Senkung des Umlagesatzes von einer Mehrbelastung für das Haushaltsjahr 2018 von rd. 71.000 € ausgegangen werden.

Nachrichtlich: Die Präsentation zur Gewerbesteuerentwicklung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Auf Nachfrage von Frau Wickenkamp zu den Mindererträgen bei der Grundsteuer erklärt Frau Steinberg,

dass man in der Planung davon ausgegangen sei, dass nach Fertigstellung insbesondere von Neubauten die erstmalige Veranlagung nach den Rohbaukosten entsprechend ab dem Folgejahr auch von Finanzamt erfolge. In den Fällen, in denen eine Fertigstellung nicht mehr im laufenden Jahr sondern erst im Januar des folgenden Jahres dem Finanzamt angezeigt werde, verschiebe sich die Festsetzung der dann höheren Grundsteuer aber um ein Jahr.

Herr Jathe weist ferner darauf hin, dass aufgrund eines neuen Verteilschlüssels des Landes der kommunalen Anteil an der Einkommensteuer ab 2018 sich etwas erhöhen, dafür aber der Anteil an der Umsatzsteuer etwas geringer ausfallen werde. Im Saldo ergebe sich dadurch eine leichte Verbesserung.

Herr Bürgermeister Knop teilt abschließend mit, dass die Landesregierung mitgeteilt habe, dass der Stärkungspakt Stadtfinanzen („Kommunalsoli“) abgeschafft werde. Dieses sei auch einen Minderbelastung von jährlich 450.000 €, die im Haushalt 2018 nicht mehr berücksichtigt werden müsse.

5.2. Anfragen an die Verwaltung

Es erfolgen keine Anfragen an die Verwaltung.

Christoffer Siebert
Vorsitzender

Klaus Jablonski
Schriftführer